



## **Daimler Hauptversammlung 2008**

### **Gegenanträge von Aktionären**

**Herr Jürgen Grässlin, Freiburg**

#### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

„Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

Begründung:

Der Vorstand unterstützt die Daimler/EADS-Beteiligung an der inhumanen Produktion von Streumunitionswerfern und an menschenverachtenden Rüstungsexporten.

Im vergangenen Geschäftsjahr betonten Vorstandsmitglieder der Daimler AG in vielzähligen Interviews und Stellungnahmen, Ethik, Moral und Verantwortungsbewusstsein würden die Grundlage ihres Handels darstellen. Im aktuellen Geschäftsbericht 2007 verspricht das Unternehmen unter dem Stichwort Responsibility (Verantwortung) einen „offenen Dialog“ und die Orientierung „an höchsten ethischen Grundsätzen“.

Derlei Erklärungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt worden sind. In Wirklichkeit zählt die European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) – deren größter Anteilseigner mit 15 Prozent die Daimler AG ist – laut Bericht des renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zu den acht größten Rüstungsexporteurern der Welt. Mit Daimler-Waffen wird in vielzähligen Kriegen und Bürgerkriegen geschossen und getötet. Häufig sterben dabei vornehmlich Zivilistinnen und Zivilisten – Kinder, Frauen und alte Menschen.

Der Vorstand hat auch im vergangenen Geschäftsjahr erneut keinerlei Anstrengungen unternommen, aus derart inhumanen Waffensystemen wie Streumunitionswerfern auszusteigen. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Beteiligung am Raketenwerfer MLRS bzw. „Guided“ MLRS (Multiple Launch Rocket System) hingewiesen. MLRS-Raketen sollen in immenser Stückzahl gefertigt werden. Der Streumunitionswerfer GLMRS soll mit einer Salve rund 8000 Bombletmunitionen auf einem Gebiet bis zu einem Quadratkilometer verteilen können.

Die beispielsweise seitens der israelischen Armee im Krieg mit dem Libanon eingesetzte MLRS-Streumunition besitzt eine den Landminen vergleichbare Wirkung. Durch die extrem hohe Zahl von Blindgängern werden ganze Landstriche mit Streumunition verseucht. Das Aktionsbündnis [landmine.de](http://landmine.de) (siehe [www.landmine.de](http://www.landmine.de))

bewertet den Einsatz von Streumunition als Verstoß gegen die Genfer Konvention, welche wahllose Angriffe auf Zivilisten verbietet.

Mittlerweile hat sich ein breites Bündnis von Friedens- und Menschenrechts- sowie christlichen Organisationen im Aktionsbündnis „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!“ zusammengefunden.

Gemeinsam mit den Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711-608396, siehe [www.kritischeaktionaere.de](http://www.kritischeaktionaere.de) und [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)) erklären auch die

\* Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (siehe [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)),

\* das Friedenszentrum e. V. Braunschweig,

\* Ohne Rüstung Leben (ORL),

\* die deutsche Sektion der Pax-Christi-Bewegung,

\* das RüstungsInformationsBüro e. V. (siehe [www.rib@rib-ev.de](http://www.rib@rib-ev.de)) und

\* die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden (WfgA)

ihre Unterstützung.

Mehrere tausend Unterzeichnerinnen und Unterzeichner haben durch ihre Unterschrift auf der Kampagnenpostkarte und viele von ihnen auf der Website [www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de](http://www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de) erklärt, dass sie so lange keinen Mercedes kaufen, bis Daimler/EADS auf jegliche Beteiligung an der Forschung, Entwicklung und Produktion von Streumunition bzw. Raketenwerfern, die für Streumunition verwendet werden können, verzichtet.“

\*\*\*

## **Herr Paul Russmann, Stuttgart**

### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

„Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

Begründung:

Audi, BMW und Porsche bauen lediglich Autos. Die Daimler AG dagegen baut nicht nur Fahrzeuge der Marken Mercedes, smart und Maybach, sondern über die Beteiligung am drittgrößten europäischen Rüstungskonzern, der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) auch Trägersysteme für Atomsprengköpfe und andere menschenverachtende Waffen. Der Vorstand unter der Leitung von Dieter Zetsche unterstützt als Hauptaktionär die Entscheidung der EADS, in Zukunft erklärtermaßen den Rüstungsanteil der EADS massiv erhöhen zu wollen. Viele Aktionäre kaufen deshalb keine Aktien der Daimler AG, Nachhaltigkeitsfonds schließen Daimler-Aktien aus ihren Fonds aus, potentielle Kunden entscheiden sich nicht für Autos der Mercedes Car Group, sondern für Fahrzeuge der Konkurrenz. Für dieses – durchaus nachvollziehbare – Käuferverhalten trägt der Vorstand die ethische und ökonomische Verantwortung. Mit dem Rüstungsengagement bei der EADS verstößt die Daimler AG nach Ansicht der Kritischen Daimler Aktionäre (KAD) gegen die Intentionen der „Guten Unternehmensführung“ („Corporate Governance“) und gegen die „Unternehmenssozialverantwortung“ (CSR).“

\*\*\*

## **Herr Holger Rothbauer, Tübingen**

### **Zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung:**

„Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung:

Seit dem 28. Juli 2005 überzieht unser Konzern den Mitaktionär und Buchautor Jürgen Grässlin mit einer Vielzahl gerichtlicher und außergerichtlicher Rechtsstreitigkeiten, die sich ausschließlich mit kritischen Äußerungen von Herrn Grässlin zum damaligen Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp und mit Zeugenaussagen des jetzigen Vorstandsvorsitzenden Dr. Dieter Zetsche im so genannten „Schweinle-Prozess“ sowie zu Graumarktgeschäften der Mercedes Car Group beschäftigen.

Nachdem Vorstand und Aufsichtsrat nicht bereit sind, mit Herrn Grässlin über diese Thematiken zu sprechen, stellte Herr Grässlin im Dezember 2006 Strafanzeige gegen Herrn Vorstandsvorsitzenden Dr. Dieter Zetsche und andere zum Teil ehemalige Mercedes-Mitarbeiter. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt seit März 2007 gegen den Vorstandsvorsitzenden Dr. Zetsche wegen des Verdachts der Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen und seit Oktober 2007 wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage vor Gericht. Die Ermittlungen dauern bis heute an. Anstatt sich inhaltlich mit Herrn Grässlin über die Frage der langjährig betriebenen Graumarktgeschäfte bei Mercedes auseinander zu setzen, verklagte der Vorstandsvorsitzende Dr. Zetsche Herrn Grässlin vor dem Landgericht Hamburg sogar auf Zahlung eines Schmerzensgeldes von mindestens 50.000,00 €. In erster Instanz ging dieser Prozess für Herrn Dr. Zetsche verloren.

Vorstand und Aufsichtsrat hätten im vergangenen Geschäftsjahr 2007 die Möglichkeit gehabt, die umfangreich betriebenen Graumarktgeschäfte der letzten Jahre umfassend aufzuklären und offen zu legen, um somit möglicherweise auch finanziellen Schaden in mehrstelliger Millionenhöhe, der durch ein Tätigwerden der EU-Kommission entstehen könnte, vom Unternehmen abzuhalten. Diese Chance wurde leider nicht genutzt. Stattdessen wird unter Billigung des Vorstands und Auftrages der Mitaktionär Grässlin auf Grund der hoch angesetzten Streitwerte in große finanzielle Bedrängnis gebracht. Dies kann aus Sicht der Aktionärinnen und Aktionäre sicher nicht als „Good Governance“ von Vorstand und Aufsichtsrat bezeichnet werden.

Mit den Prozessen werden Aktionärgelder für unser Unternehmen ru- und imageschädigend verschwendet. Auch aus diesem Grund sehen sich die Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711-608396) veranlasst, Aktionärinnen und Aktionäre auf der neuen Website [www.daimlerprozesse.net](http://www.daimlerprozesse.net) differenziert über die Gerichtsverfahren des früheren DaimlerChrysler-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp und des heutigen Daimler-Vorstandsvorsitzenden Zetsche und der Daimler AG gegen Herrn Grässlin zu informieren.“

\*\*\*

## **Herr Jürgen Grässlin, Freiburg**

### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung:

Fehlende Kontrolle bei untersagten Graumarktgeschäften seit der Ära des Vertriebsvorstands Zetsche durch den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat hat bezüglich der Kontrolle der sowohl konzernintern als auch seitens der Europäischen Union untersagten Graumarktgeschäfte („Parallelmarktgeschäfte“) auf ganzer Linie versagt. Durch die den Kunden im In- und Ausland weit überdurchschnittlich gewährten Rabatte bei Graumarktgeschäften wurde jahrelang der reguläre Autoverkauf über die autorisierten Mercedes-Händler und -Niederlassungen untergraben.

Weder in der vergangenen Hauptversammlung noch im Verlauf des letzten Geschäftsjahres konnten der Vorstand und der Aufsichtsrat den Vorwurf entkräften, wonach in der Ära des Vertriebsvorstands Dieter Zetsche (1995 bis 1999) und in den Jahren danach Graumarktgeschäfte mit einer großen Anzahl nichtautorisierter Mercedes-Händler in eine Vielzahl von Staaten getätigt worden sind.

Den Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711-608396, siehe [www.kritischeaktionare.de](http://www.kritischeaktionare.de) und [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)) liegen entsprechende Daimler-Dokumente vor. Diese belegen, dass vor allem in der zweiten Hälfte der Amtszeit des Vertriebsvorstands Zetsches in 15 der 20 Mercedes-Niederlassungen der Region West – damit in 75 Prozent aller Niederlassungen der größten Vertriebsregion! – jahrelang systematisch Graumarktgeschäfte betrieben worden sind. Weitere Graumarktskandale aus anderen bundesdeutschen Vertriebsregionen sind bekannt.

Diese Graumarktgeschäfte wurden mittels Fahrex-Genehmigungslisten in der Vertriebszentrale Deutschland erfasst. Der verantwortliche Mercedes-Vertriebschef Deutschland, Dr. Jürgen Fahr, hat den damals verantwortlichen Vertriebsvorstand Dr. Zetsche laut eigenen Aussage in einem Prozess vor dem Arbeitsgericht Berlin schriftlich auf die mit Tausenden von Fahrzeugen erfolgten Graumarktgeschäfte hingewiesen, was sich auch aus einem den Kritischen AktionärInnen vorliegenden mehrseitigen Schreiben ergibt.

Dagegen hat Dr. Zetsche als Zeuge im Verfahren gegen den Neudenauner Spediteur Gerhard Schweinle im Dezember 2002 laut Prozessteilnehmern lediglich „Einzelfälle“ bei Graumarktgeschäften eingestanden. Die auf der Basis der Daimler-Dokumente belegbaren Vorgänge spielen bei den – im vergangenen Geschäftsjahr erfolgten und bis zum heutigen Tag laufenden – Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart eine wichtige Rolle.

Aus seinen Fehlern hat der Aufsichtsrat nichts gelernt, ansonsten würden die Graumarktgeschäfte der Vergangenheit vollständig aufgearbeitet, was jedoch auch im vergangenen Geschäftsjahr nicht geschehen ist. So lange der Aufsichtsrat seiner Kontrollpflicht bei den konzernintern untersagten und offenbar EU-rechtswidrigen Graumarktgeschäften nicht nachkommt, kann er nicht entlastet werden.“

\*\*\*

## **Frau Beate Winkler-Pedernera, Stade**

### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung:

Der Aufsichtsrat hat die völlig unverhältnismäßige Überbezahlung von Lydia und Jürgen Schrempp zu verantworten.

Jürgen Schrempp war von 1995 bis 2005 Vorstandsvorsitzender des Daimler-Konzerns. Als Daimler-Chef setzte er die Amerikanisierung der Gehälter für Führungskräfte durch und kassierte seinerseits in den Jahren seiner Vorstandstätigkeit rund 50 Millionen Euro. Zusätzlich stehen ihm rein rechtlich Aktienoptionen in Höhe von weiteren 50 Millionen Euro zu. Diese Summe erklärt sich

dadurch, dass Herr Schrempp den Aktienkurs des Unternehmens zuerst heruntergewirtschaftet hat. Den Rücktritt des größten Kapital- und Arbeitsplatzvernichters der Firmengeschichte belohnte die Börse mit einem Kurssprung der Aktie, von dem Schrempp über seine Aktienoptionen dann massiv profitieren kann.

Als Leiterin der Vorstandsbüros kassierte auch Lydia Schrempp, die Ehefrau des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp, über Jahre hinweg kräftig ab. Selbst in den Jahren 2006 und 2007 – also nach dem Ausscheiden ihres Mannes aus dem Unternehmen – wurde Lydia Schrempp in der Gehaltsstufe E2 mit einem Jahressalär in Höhe von rund 200.000 Euro entlohnt.

Aktionärsfragen nach dem Inhalt der ungewöhnlich hoch dotierten Tätigkeit von Frau Schrempp im Münchner Büro ihres längst aus dem Amt geschiedenen Ehemannes sind bis heute unbeantwortet geblieben. Seltsamerweise soll, nach Medienaussagen, Lydia Schrempps Stelle nicht neu besetzt werden – obwohl sie doch scheinbar so hoch angesehen wurde.

Laut Medienberichten soll Frau Schrempp noch eine Abfindung in Höhe von bis zu 600.000 Euro erhalten. Wenn der Konzern in seiner Erklärung zum Ausscheiden von Frau Schrempp zum 31. März 2008 verkündet, die „Daimler AG dankt Lydia Schrempp für ihren langjährigen, engagierten und professionellen Einsatz“, dann bleibt die Frage weiterhin offen, worin dieser Einsatz bestand.

Die Gehälter der Daimler-Führung hat der Aufsichtsrat zu verantworten, der als „Kontrollgremium“ einmal mehr versagt zu haben scheint. Der Aufsichtsrat darf daher nicht entlastet werden.“

\*\*\*

*Sie können sich diesen Anträgen anschließen, indem Sie bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten mit NEIN stimmen.*